

Erhältlich mit Ausnahme der Montage und der Lage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abonnementen und der Expedition abgeschr. 20 Pf. Wiederholbar  
9 Pf. frei ins Haus,  
60 Pf. bei Abholung.  
Durch alle Postanstalten  
1,00 Mr. pro Quartal, mit  
Briefträgerabfertigung  
1 Mr. 40 Pf.  
Sprechstunden der Redaktion  
11—12 Uhr Vorm.  
Reiterhagergasse Nr. 4  
XV. Jahrgang.

# Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.  
Organ für Jedermann aus dem Volke.

## Die „Stühlen“ nach dem Verleumderprozesse.

Man darf wohl fragen, ob überhaupt und welche dauernde Wirkung der Prozeß Lechert-Lühnow gehabt hat oder haben wird. Frhr. v. Marshall und das Auswärtige Amt ist von den in der Öffentlichkeit erhobenen Anklagen freigelassen; aber das hindert nicht, daß der Kampf mit etwas anders formulierten Verdächtigungen fortgesetzt wird. Die „Arenztig.“ hat nach kurzer Pause das Kampfspiel wieder erhoben. Vor allem ist es ihr Verdienst, das Ziel des Kampfes mit großer Deutlichkeit bezeichnet zu haben. „Auf Hintermänner Jagd zu machen“, schreibt sie, „habe keinen Zweck. Daß die leitenden Kreise, d. h. Fürst Hohenlohe und die ihm nahe stehenden Reichsamter innerhalb der Parteien (Agrarier und Antisemiten), mit denen sie auf dem socialpolitischen Gebiete im zum Theil starken Meinungsverschiedenheiten leben, in diesem Sinne Gegner gehabt haben und noch haben, braucht man das wirklich vor Gericht feststellen zu lassen? Wer leugnet es denn ab? Diese Gegnerschaft ist eine ganz offene und als solche logale; sie schließt ein Zusammensein in anderen Stücken und gerade in den allerwichtigsten nicht aus, sondern förmlich ein; denn diejenigen, die dem „neuen Curse“ als Wirtschaftspolitiker Opposition zu machen sich gewünschen sehen, sind zugleich als Conservativen die treuesten Glühen des Thrones und der Monarchie.“ Folglich hätte Thron und Monarchie den dringendsten Anlaß, mit den Ministern des neuen Curse so schnell als möglich aufzuräumen und auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik den Eingebungen der Herren v. Plötz, Liebermann v. Sonnenberg u. Gen. zu folgen.

Auch die „Dtsch. Tagessig.“ gebebt sich als Stütze von Thron und Monarchie; sie bringt in kurzen Zwischenräumen die loyalsten Artikel, in denen sie „unseren Kaiser und unseren Volkskern“ als unverzerrlich darstellt, in den Zwischenpausen aber die bekannten Verleumdungen — z. B. mit der Behauptung, daß der Kaiser den Baron bei seinem Besuch in Breslau überredet habe, nicht zum Besuch nach Friedrichsruh zu gehen — den Hintermännern der Nr. 75 der Berliner Wilhelmstraße in die Schuhe schiebt.

Insofern wird der neue Verleumderprozeß, den der Reichskanzler gegen die „Dtsch. Tagessig.“ angestrengt hat, die Lehren des Prozesses Lechert-Lühnow vervollständigen.

## Politische Tagesschau.

Danzig, 16. Dezember.

### Reichstag.

Die Justiznovelle ist gescheitert. Dieses mit Sicherheit vorausgesehene Resultat gab der gestrigen Reichstagsitzung einen besonders feierlichen Charakter. Einen ungewohnten Anblick bot der Saal, hatten sich doch etwa 250 Abgeordnete eingefunden.

Erster Redner war Abg. Dr. v. Marquardsen (nat.-lib.), der seiner Abneigung gegen die Berufung eines lebhaften Ausdruck gab und im übrigen für das Fünfmännercollegium und den Ausschluß der Altezzoren von den Strafkammern eintrat. Er war auf der Tribüne nur schwer verständlich, so unruhig ging's im Hause zu. Um so größer war die Spannung, als der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Nieberding sich erhob. Von allen Seiten strömte man herbei und umringte den Bundesrathstisch in der Nähe des Redners, welcher in längerer Ausführung die Gründe für den Standpunkt der Regierungen zusammenfassen sich bemühte. Zum Schluss erklärte er, die Regierungen müßten unter

allen Umständen an der Forderung des Drei-Männer-Collegiums für die erste Instanz festhalten auf die Gefahr hin, daß die Vorlage dadurch scheitert. Wenn der Reichstag gleichwohl bei seinen Beschlüssen beharre, würden die Regierungen die praktischen Consequenzen daraus ziehen. (Bewegung.) Auch bezüglich der Voraussetzungen für das Wiederaufnahmeverfahren würden die Regierungen keineswegs von ihrem Standpunkt abgehen, sondern wenn der Reichstag bei diesen Punkten nicht nachgäbe, lieber auf das ganze Gesetz verzichten, so sehr sie auch bedauerten, daß die zweijährige Arbeit ergebnislos sei.

Mit dieser Aufführung war das Hauptinteresse an der Verhandlung erschöpft. Abg. Rintelen, der bekannte Eigenbröder im Centrum, stimmte den Ausführungen Nieberdings bei. Abg. v. Charlinski (Pole) wiederholte die gestrigen Beschwerden des Abg. Wolszlegier und veranlaßte den Justizminister Schönstedt zu einer abermaligen Vertheidigung der Verfügung des Oberlandesgerichts Marienwerder, welche mit dem Sprachgesetz von 1876 im Einklang stehe.

An der Generaldebatte beteiligten sich noch die Abg. Beck (frei. Volksp.) und Spahn (Centr.).

Die Specialdiscussion begann sofort mit § 77 (Beschluß der Strafkammer). Abg. v. Buchka (conf.), dem niemand zuhörte, befürwortete den conservativen Antrag auf Wiederherstellung des Dreimännercollegiums. Gegen diesen Antrag sprachen die Abg. Munkel (frei. Volksp.), welcher die Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln vermochte, und Schmidt-Warburg (Centr.), während dessen Ausführungen Lärm herrschte. Justizminister Schönstedt versicherte, die Regierungen hätten ein gutes Gewissen. Wenn die Vorlage scheitere, so seien sie nicht dafür verantwortlich, worauf Abg. Spahn unter lebhaftem Beifall erwiderte, der Reichstag werde die Verantwortung geraten.

§ 77 wurde darauf gegen die Stimmen der Conservativen, der Reichspartei, eines Theils der Nationalliberalen und vereinzelter Centrumsliberalen abgelehnt. In der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Hierauf stand der Staatssekretär Nieberding auf und sagte: „Mit diesem Beschuß ist in die Vorlage eine Bestimmung aufgenommen, welche für die Regierung unannehmbar ist. Durch Bundesratsbeschuß bin ich ermächtigt zu erklären, daß die Regierungen auf die Weiterberatung der Vorlage keinen Wert mehr legen.“ (Bewegung.)

Mittwoch steht der deutsch-tunesische Vertrag, der Geschenkmarsch über Zwangsversteigerung und Wahlprüfungen, darunter die Wahl des Abg. Holz-Schweiz, auf der Tagesordnung.

Der Reichstag erledigte heute in erster und zweiter Lesung den Vertrag mit Tunis und trat dann in Wahlprüfungen ein. Die Wahl des Abg. Spies (b. k. f., 6. Elsaß-Lothringenscher Wahlkreis) wurde für gültig erklärt, dann sollte die Wahl des Abg. Holz-Schweiz (Reichsp.) zur Beratung gelangen. Da aber seine Parteigenossen die Entscheidung zu verschließen wünschten, erklärte Abg. Camp, er möchte den Antrag stellen, die Wahl von der Tagesordnung abzusezieren und bewies gleichzeitig die Beschlussfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergab 194 Mitglieder, es fehlten also 5 Stimmen zur Beschlussfähigkeit. Präsident v. Buol beräumte darauf die nächste Sitzung auf 2½ Uhr an.

Berlin, 16. Dez. Der von den Conservativen und dem Centrum angekündigte Margarineantrag ist heute eingebracht worden.

**Die obligatorische Schuldentlastung.**

Berlin, 15. Dez. Die Staatschuldentlastungs-

boten jetzt herrliche Genüsse. Die ebenso schöne als vortreffliche Reiterin wurde von der Sportswelt freudig begrüßt und mit dem köstlichen Duft des Lederzeuges, des eigenartigen Parfüms dieses Lebenskreises, sog. sie Begriffe und Anschauungen ein, welche ihr die Verhältnisse, in denen sie aufgewachsen, in fahlem Lichte, unendlich kleinlich und eng erscheinen ließen, während der damit bedingte freie Verkehr mit Männern, dieser eigenartige Sportjargon ihr weibliches Empfinden verstörte, den Blüthenstaub ihrer Mädchenhaftigkeit immer mehr verwirkte.

Egon blickte mit Bewunderung auf dieses glänzende Ergebniß seiner Erziehung. — Das Cousinch von Lande hatte sich gemacht. Es stach sämtliche Baronesen und Comtessen aus, die voll Ärger und Neid waren über diese „freche Perle“, welche ihnen zuletzt noch völlig unberechtigterweise einen der gefeiertesten Cavalieri vor der Nase wegknippte.

Das fehlte noch!

Gräfin Leining! Dann wird sie wohl auch ihrer Verpflichtung gegen den Vetter gedenken und ihn aus dem unzähligen pecuniären Allemmen retten, in welchen er sich befand. Er hat selbstverständlich alles nach beiden Seiten, um die Verbindung zu bringen, und hütete sich wohl, wie es seine Pflicht gewesen wäre, den in diesen Dingen völlig unerfahrenen Vater darauf aufmerksam zu machen, daß die Art des Verkehrs zwischen Johanna und dem Grafen die Gesetze der Gesellschaft verletzte.

Johanna hatte inmitten ihrer Triumphe ihren Schicksalsgenossen Treuberg nicht vergessen. Vergebens wartete sie auf die Premiere, immer traten neue Hindernisse, neue Verschiebungen ein. Einmal ging in unterrichteten Kreisen das Gerücht, das Stück sei nachträglich auf hohen Belohnung zurückgewiesen worden. Sie konnte sich dabei eines angenehmen Gefühls nicht erwehren, so

Commission des Abgeordnetenhauses trat heute in die zweite Lesung der Vorlage ein. § 1 der Regierungsvorlage wurde mit einem Antrage des Abg. Grafen Arnim (Reichsp.) angenommen, wonach für 1897/98 die obligatorische Schuldentlastung in Höhe von ½ Proc., von 1898/99 ab von ¾ Proc. erfolgen soll. § 2 wurde nach der Regierungsvorlage, § 3 ebenfalls nach der Regierungsvorlage mit dem in erster Lesung angenommenen Antrage lediglich angenommen. Die §§ 4 und 5 wurden abgelehnt, § 6 angenommen. Mit diesen Einschränkungen wurde die ganze Vorlage gegen die Stimmen des Centrums, der nationalliberalen Abgeordneten Schmidling und v. Eymann und des Abg. Brömel (frei. Vereinig.) angenommen.

Gleichzeitig wurde noch eine Resolution des Abg. Hammacher (nat.-lib.) angenommen, die Regierung um eine Vorlage zu ersuchen, welche unter Aufhebung der entsprechenden Bestimmungen des Eisenbahngarantiegesetzes die Verwendung des Staatsbahnbürohörs für die allgemeinen Staatsbedürfnisse anderweit regelt.

### Der Fall der Justiznovelle.

Das beste Wort, welches Staatssekretär Nieberding gestern im Reichstage gesprochen hat, war ohne Zweifel das, die Regierungen seien nicht gemillt, eine Presse auf den Reichstag im Sinne ihrer Stellung zu den drei brennenden Fragen zur Justiznovelle auszuüben; wobei freilich nicht unerwähnt bleiben darf, daß ein derartiger Versuch nach Lage der Sache völlig aussichtslos gewesen wäre. Wie stets in solchen Fällen, spaltete sich die Differenz schließlich auf wenige einzelne Streitpunkte zu, die gewissermaßen die Nügel sind, an welche die Bedenken gegen das ganze Werk angehängt werden. Ob die Strafkammern mit drei oder fünf Richtern befehlt sein sollen, ob die Freisprechung im Wiederaufnahmeverfahren den Nachweis der Unschuld voraussetzt oder nur die Nichtschuldhaftigkeit der Gründe, aus denen die Verurteilung erfolgt ist, und endlich, ob eine Entschädigung wegen unzulässiger verbüchter Strafschafft nur bei nachgewiesener Unschuld erfolgen soll, das alles sind Fragen, an denen eine groß angelegte Gesetzesgebung nicht scheitern würde, wenn zwischen den Regierungen und dem Reichstage etwas mehr als nur eine scheinbare Einigkeit über principielle Erwägungen bestände.

Da an der gestern im dem großen Papierkorb des Reichstags beigelegten Justiznovelle sowohl der gegenwärtige Justizminister Schönstedt als der Staatssekretär im Reichsjustizamt Nieberding völlig unzufrieden sind, da sie lediglich die Erblichkeit ihrer Vorgänger angetreten haben, so trifft sie die Verantwortlichkeit für das Mißlingen nicht direkt; aber darüber ist kein Zweifel, daß Justizminister v. Schelling, unter dessen Aegide die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs erfolgt ist, mit demselben ganz andere Zwecke im Auge gehabt hat, als die Erfüllung wiederholt ausgesprochener Wünsche des Reichstages bezüglich der Berufung und der Entschädigung unzulässiger Verurteilter. Für die Erfüllung dieser Wünsche den von der Regierung verlangten Preis zu zahlen, hat die große Mehrheit des Reichstages abgelehnt und darüber wird sich kein Freund einer guten Strafprozeßordnung grämen. In diesem Zusammenhang liegt auch die Erklärung dafür, daß die Zahl der Freunde der Berufung unter den Bedingungen der Vorlage immer geringer geworden ist. Bei der einzigen Abstimmung, die gestern erfolgt ist, über den § 77 der Gerichtsverfassung, der es nach dem Beschuß zweiter Lesung bezüglich der Zahl der Richter der Strafkammern bei der bestehenden beweisen ließ, handelt es sich nicht sowohl um die Frage, Berufung oder nicht, sondern um die: Verschlechterung des

häßlich ihr es auch selbst schien. Es bestand einmal eine gewisse, ihr selbst unerklärliche Beziehung zwischen ihr und diesem Manne, die damals auf der Eisenbahnreise ihren Anfang nahm — eine gewisse Rivalität! Beide waren sie zur selben Stunde aus einer dunklen kleinen Existenz hineingeschleudert worden in dieses hochwogende Leben, voll Hoffnung, Zuversicht.

Wer von beiden wird zuerst sein Ziel erreichen? Das schwache unbedeutende Mädchen, oder der kampfbereite, mit allen Mitteln des Geistes ausgerüstete Mann? Diese Frage drängte sich ihr immer wieder auf. Die Verzögerung eines durchschlagenden Erfolges seinerseits befriedigte sie deshalb.

Einmal begegnete sie ihm zu Pferde, inmitten einer glänzenden Gesellschaft, angestaunt von allen Leuten, welche neugierig ihr nachblickten. Er ging Arm in Arm mit einer Dame, die trotz ihrer günstigen Erscheinung nicht den besseren Ständen anzugehören schien, wie ihr rasch erworbener Schärfsinn sie belehrte. — Das war ein kostliches Prickeln in allen Nerven, ein Drängen des Blutes gegen den Kopf. Ein andermal entdeckte sie ihn im Theater, von der Loge aus, wieder mit der Dame. Es war zu kindlich von ihr, aber sie empfand etwas wie Eifersucht. Nachdem er sie ebenfalls entdeckte, kam er während des Zwischenaces in die Loge. Sie war allein darin, er konnte ungefähr plaudern.

Warum er sich so wenig sehen lasse? Was denn mit seinem Stücke sei? Verdrücklichkeiten, Chicane ohne Ende, vor Mai sei an eine Aufzehrung nicht zu denken, und er habe noch auf die Ausnutzung des Glücks während der Wintersaison gehofft. Ja, das ist alles ganz anders, als man es sich vorstellt. O, wenn Sie wüssten, wie einem jede Freude vergällt, jede Hoffnung getrübt wird, bis man zuletzt den Glauben si

Strafprozesses oder nicht. Freilich in dem einen Punkte hatte Herr Nieberding Recht. Die Einführung der Berufung gegen Entscheidungen der Strafkammern verträgt sich mit der Gerichtsorganisation, wie sie 1876 geschaffen wurde, nur schlecht. Um so weniger aber hätten die Regierungen aus der früheren preußischen Organisation, die auf einer ganz anderen Basis beruhte, das Dreimännercollegium der alten Kreisgerichte wieder hervorufen sollen.

Immerhin ist die Niederlage, welche die Leiter der Justizverwaltung in Preußen und im Reiche heute erlitten haben, eine sehr schwere; viel größere Alartheit über das Was und Wie hätte es vermieden werden können, daß der Reichstag im Juli vertagt wurde, um die kostbaren Vorarbeiten für die Justiznovelle nicht in's Wasser fallen zu lassen und daß jetzt nach der Vertagung die Mehrheit das Werk ihrer Commission rücksichtslos wieder aufläßt. Auch diejenigen werden sich nun beruhigen, die Wochen lang über die Beschränkungsfähigkeit des Hauses in der zweiten Beratung geworben haben. Und wenn gestern das Haus auch absolut volzhängig gewesen wäre, die Ablehnung des Monteufelschen Antrages würde mit derselben Mehrheit erfolgt sein. Darin liegt eine glänzende Rechtfertigung der Beschlüsse der zweiten Beratung.

Bei dem reichen Verlauf, den die Verhandlung gestern nahm, nachdem der Staatssekretär im Reichsjustizamt das Ultimatum formulirt hatte, sind eigentlich nur die Socialdemokraten die Geprägten. Der Vorschlag des Präsidenten v. Buol, die Beratung heute fortzusetzen trotz der Erklärung Nieberdings, daß nach Ablehnung des § 77 die Regierungen auf die Weiterberatung keinen Wert legen, war zwecklos. Würde sie dennoch fortgesetzt, so wäre damit nur Herrn Lechert-Lühnow zur Sprache zu bringen. Deshalb stimmten denn auch die Socialdemokraten allein für die Buol'sche Tagesordnung.

### Maßregeln gegen das amerikanische Petroleum?

In der Staatsdebatte ist neulich vom Staatssekretär v. Bötticher auf eine Anfrage mitgetheilt worden, daß die Erwägungen darüber, wie einer Monopolisierung des Petroleumhandels zu begegnen wäre, einen gewissen Abschluß gefunden haben und daß die Vorbereitung zu den Maßregeln getroffen ist, welche zu ergreifen sein möchten, wenn wiederum eine künstliche Preissteigerung herbeigeführt wird. „Zur Zeit“, fügte er hinzu, „werden diese Maßregeln nicht in Wirksamkeit gesetzt werden, weil einmal die gegenwärtige Lage der Preise nicht dazu auffordert, sodann aber, weil inländische Industriezweige durch diese Maßregeln in einer Weise berührt werden, die zu einer gewissen Schonung auffordert.“ Das war am 2. Dez. d. J. Gleichtwohl heißt die „Post“ jetzt mit, in den interessirten Kreisen circulire ein Gerücht, wonach die Einfuhr von amerikanischem Petroleum erschworende Bedingungen unterworfen werden solle. Da von einer künstlichen Preissteigerung des Petroleums heute ebenso wenig die Rede ist, wie vor 14 Tagen, so müßte die Absicht der Regierung, falls sie wirklich bestände, auf anderen Voraussetzungen beruhen, als die sind, welche Staatssekretär v. Bötticher im Auge hatte. Gollte die Absicht, die Einfuhr von amerikanischem Petroleum von erschwerenden Bedingungen unterworfen werden solle, Da von einer künstlichen Preissteigerung des Petroleums heute ebenso wenig die Rede ist, wie vor 14 Tagen, so müßte die Absicht der Regierung, falls sie wirklich bestände, auf anderen Voraussetzungen beruhen, als die sind, welche Staatssekretär v. Bötticher im Auge hatte. Gollte die Absicht, die Einfuhr von amerikanischem Petroleum von erschwerenden Bedingungen unterworfen werden solle, wonach vom 1. Januar ab (nicht 1. März n. J., wie es bisher hieß) die deutschen Schiffe in amerikanischen Häfen wieder zur Zahlung von Tonnengeldern verpflichtet wer-

selbst verliert und am liebsten freiwillig zurücktrate. Dazu enge unwürdige Verhältnisse, die am Weiterschaffen hindern. Doch wie kann ich Sie immer mit solch häßlichen Dingen belästigen. Sie sind ja das Symbol der Freude, der Jugend — des Sieges! Und ich weiß gar nicht, wie das so kommt, wenn ich Sie sehe — dann — dann wachsen mir neue Flügel.“

Johanna entgingen, während er sprach, nicht die untrüglichen Spuren einer widerlichen Lage in seiner Kleidung, in seinem Antlitz, es hätte seines offenen Gesichtes nicht mehr bedurft, aber jetzt empfand sie ganz anders, jetzt war sie selbst empört über sein Missgeschick. Seine ganze Art und Weise hatte so etwas Grundverschiedenes von der ihrer ganzen Umgebung, auch der Leinings, und seine Sprache klang so feurig. Welche zarte Huldigung lag in seinen letzten Worten! — Sie betrachtete ihn unverwandt hinter dem Jäger, dessen Spiel ihr schon geläufig war.

„Warum kommen Sie denn so selten, wenn Sie doch neuer Flügel so bedürfen?“ fragte sie.

„Mein Gott, man will nicht lästig fallen mit Klagen und diesem ewigen Jammer. Ich passe nicht in Ihre Gesellschaft, so lange ich nicht — etwas bin“, erklärte in bitterem Tone Treuberg.

„O, das dürfen Sie nicht sagen, gewiß gehören Sie in unsere Gesellschaft, mit und ohne „Gonne“, entgegnete Johanna, in das Parkett hinabblickend. „Wer ist doch die Dame neben Ihnen? Oder ist das indisches? Aber sie kommt mir so bekannt vor.“

Treuberg erhöhte sichtlich, er fühlte den Zusammenhang ihrer Frage mit der Bemerkung betreffs der Gesellschaft. „O, ein ganz einfaches Mädchen, ein Fräulein Dorn, Tochter meines ehemaligen Hausherrn in Waldorf. Sie ist in einem Geschäft hier angestellt, ich habe dem Vater versprochen, mich ihrer etwas anzunehmen.“

(Forts. folgt.)

den, obgleich die Vorausschüsse, von denen 1888 die Befreiung der deutschen Schiffe abhängig gemacht worden ist, noch heute unverändert bestehen?

Auf diesem Wege würde Deutschland schrittweise in einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten hineingetragen werden, der beide Theile auf das schwerste schädigen würde und zwar lediglich deshalb, weil es gelungen ist, unter Bezug auf die Gefährdung des deutschen Viehstandes durch die Einfuhr aus Amerika das Verbot der Einfuhr amerikanischen Viehs herbeizuführen.

#### Der Hafenarbeiterstreik.

Hamburg 15. Dez. Die auslaufenden Dampfer sind vorwiegend Wochen-Dampfer, die großen Oceandampfer werden auf das langsame geföhrt.

Den Arbeitergeissen stehen Bedrohungen seitens der Arbeitgeber gegenüber. Die Polizei ist in Kenntniß gesetzt. Ein Stauervice bedrohte streiklustige Erstarkarbeiter mit Erschließen.

1200 Seeleute streiken; jedes ankommende Schiff vermeht deren Zahl.

Die Armenunterstützung wird solchen Leuten entzogen, welche Arbeit im Hafen verweigern.

Glasgow, 15. Dez. Der Ausstand der Seeleute und Heizer dehnt sich beständig aus. Gestern sind überhaupt keine Dampfer abgefahrene. Zwei Schiffe liegen fest, da sie außer Stande sind, Mannschaft anzumutern. Die allmonatlich nach dem Continent fahrenden Schiffe sind ebenfalls sämmtlich ohne Mannschaft.

Berlin, 16. Dez. Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Hamburg gemeidet wird, ist der Ausgang des Streikes jetzt ziemlich klar; er wird unzweifelhaft mit einem Giege der Arbeitgeber endigen, trotzdem werden die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage erreichen.

Hamburg, 16. Dez. Die „Hamb. Börs.-Halle“ bezeichnet den Streik schon als so gut wie beendet.

London, 16. Dez. Auf Eruchen der „Shipping federation“ gehen heute Abend 63 freie Arbeiter auf dem Dampfer „Lutterworth“ nach Hamburg ab. Die Bureauug der Federation sind von zahlreichen Bewerbern umstanden, welche in Hamburg verwandt zu werden wünschen.

#### Deutsches Reich.

Berlin, 15. Dez. Der Kaiser hat, wie noch berichtet wird, neulich dem Bildhauer Schott eigenhändige Zeichnungen und Pausen gegeben, die der Künstler zur Ausarbeitung der Kostüme für die Gruppe Albrechts des Bären verwenden soll, und am Freitag zum Bildhauer Boese bemerkte, er lege sehr viel Wert darauf, daß in sämmtlichen Arbeiten für die Giegesallee auch die Trachten zeitgemäß behandelt würden. Das sei auch von Wichtigkeit für die Schauspieler, welche sich später an jenen Werken ein Vorbild für ihre Darstellungen nehmen könnten.

Die Voruntersuchung gegen den Criminalcommisarius v. Tausch liegt in den Händen von zwei Richtern. Landgerichtsrath Herr hat die Ermittlung im Meineidsverfahren, wegen der angenommenen Vergehen im Amt leitet. Landgerichtsrath v. Podevils die Untersuchung.

Ein allgemeiner Ausstand der Bäckergeisen Deutschlands für das nächste Jahr soll vorbereitet werden für den Fall, daß die Bestimmungen über den Maximalarbeitsstag eine Einschränkung erleiden sollten.

Der Pariser „Figaro“ veröffentlicht einen Artikel seines diplomatischen Mitarbeiters Miss Balsen, der das Vorgehen des Staatssekretärs Thurn v. Marshall im Projekt Eckert-Lüthwürth und sagt, der Staatssekretär sei eine Gestalt, die sich nicht bloß in den Augen der Deutschen, sondern der ganzen politischen Welt Europas bedeutsam emporkriecht. Der Artikel schließt, man müsse wohlverdiente Lobeserhebungen für die Unabhängigkeit des deutschen Richterstandes hinzufügen, der in einer so klippenreichen Angelegenheit seine Pflicht mit einer Festigkeit gehan habe, wie sie selbst in demokratischen Ländern nicht mehr zu finden sei.

\* Die Halloren rüsteten sich bereits zu ihrem gewohnten Neujahrsbesuch am kaiserlichen Hofe. Eine Abordnung derselben bestellte wiederum die hellese Schlagschwein, die bekanntlich neben dem hellese Salz einen Hauptbestandteil der einfachen Gaben der Abgeordneten der Galzwirkerbrüderchaft an die kaiserliche Familie und deren nahe Verwandten bildet. Entsprechend den zahlreichen Gratulationsbesuchen, die die Halloren in Berlin, Potsdam u. s. m. zu machen pflegten, ist auch die Quantität der Gaben bemessen; die von der Abordnung zu diesem Zwecke mitgeführte Wurst wiegt z. B. gewöhnlich etwa 1/4 Centner.

Das zweite Gastspiel der Schliersee brachte Dienstag das Volksstück „Im Austragstüber“. Das Stück ist hier schon gegeben worden, als die Münchener 1887 hier spielten, und auch sonst wohl bekannt. Die Alten sind in's Ausgedinge gegangen und haben dem Sohne den Hof übergeben. Dieser läßt sich von einem „Baumeister und Güterzerrümmer“ bereiten, eine Ziegelai zu bauen, um viel Geld zu verdienen. Seine Baarmittel gehen hin, er gerät immer tiefer in die Hände des Gauners, wird roh und hart gegen Weib und Eltern, die den Hof verlassen. Wie der Besitz versteigert werden soll, rettet der alte Vater mit heimlichen Ersparnissen das Familiengut und kehrt in das Ausdragstüber zurück, der Sohn ist gebessert. Das Ganze trägt also durchaus den Charakter des Familienspiels, das nur auf den Boden des bayerischen Hochlandes verpflanzt ist, mit den Dingen, die zu diesem gehören, einem schlechten und einem guten Sohne, dem nothwendigen Liebespaare u. a. m., während die Lokalfarbe durch Burck und Dirnbach erhöht wird.

Hier handelte es sich in erster Linie auch weniger darum, was, sondern wie gespielt wurde. Und da müssen wir gleich gestehen, daß wir geradezu wieder überrascht waren durch die künstlerische Treue, womit die einzelnen Figuren vor dem Zuschauer lebten. Die so spielen, das wenigstens in dieser Beziehung überhaupt keine Bauern mehr, sondern auf ihrem begrenzten Gebiete Rünsler. Als die schönste Scene des ganzen Abends erschien uns im zweiten Aufzuge die Auseinandersetzung zwischen den beiden Alien, dem alten Lehmbauer und der Waberl, seinem Weibe. Das wurde mit einer Sicherheit, einer ruhigen und manvollen Natürlichkeit gespielt, die als musterhaft hingestellt werden können. Raver Terofal von Schliersee, den wir

\* Polizeipräsident v. Windheim hat nicht zu den 340 Persönlichkeiten gehört, welche am Sonnabend vom Kaiserpaar zu der musikalischen Abendunterhaltung eingeladen waren. Man will, meint der „B-Cour.“, aus dieser Thatsache folgern, daß gegen Herrn v. Windheim jedenfalls eine gewisse Verstimmung Platz geöffnet hat und diese letztere soll dadurch hervorgerufen worden sein, daß der Polizeipräsident dem Criminalcommisarius v. Tausch die Genehmigung versagte, den Namen des Polizeiagenten zu nennen, welcher Herrn v. Huhn als Verfasser des Königlichen Artikels in der „Röhl. Stg.“ angegeben hat. Der Polizeipräsident soll bei Versagung der Genehmigung nicht einmal den Namen dieses „Vertrauensmannes“ der politischen Polizei gekannt, sondern sich lediglich mit der Versicherung des Tausch begnügt haben, daß die Verschwiegenheit jenes Agenten im öffentlichen Interesse liege.

\* Französisches Märchen. Die Pariser Presse setzt zur Abwechslung ein neues Märchen über Kaiser Wilhelm in Umlauf, wie der Pariser Correspondent der „Doss. Stg.“ berichtet. Der französischen Regierung wäre vertäglich mitgetheilt worden, die Königin Victoria wolle nach ihrem Winteraufenthalt in Südfrankreich vor ihrer Rückkehr nach England einige Tage in Dinard, Bretagne, verbringen, wo sie mit mehreren fremden Fürstlichkeiten zusammenzutreffen werde, die sie zur 60-jährigen Thronbesteigungsfeier besuchen. Bei dieser Gelegenheit werde auch Kaiser Wilhelm nach der Bretagne kommen und dieser erste Besuch solle die Reise nach Paris im Jahre 1900 vorbereiten und erleichtern.

Gebt ernsthafte Politiker in Frankreich Schweigen diesem Märchen Glauben beizumessen und schwelgen in patriotischer Aufregung. So erklärt der Abgeordnete für Saint Malo, de Malvillain, Kaiser Wilhelm solle es sich nicht einfallen lassen, seinen angeblichen Plan auszuführen, denn er würde sich Aundgebungen einer beleidigten Patriarchie aussetzen. Die Regierung müsse darüber machen, daß derartige Reibungen vermieden werden.

Frankfurt a. M., 15. Dez. Der Prozeß gegen den Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Doser, wegen Beleidigung des Margarinefabrikanten und Landtagsabgeordneten J. H. Mohr hat heute vor dem Schöffengericht des hiesigen Amtsgerichts begonnen. Der Privatkämpfer Mohr ist persönlich erschienen.

Die Beleidigung soll bekanntlich begangen sein durch den Abdruck des Wormser Polizeiberichts vom 10. August d. Js., wonach auf Anzeige eines Fabrikanten aus Hochheim bei Worms ein Fabrikant aus Altona gestiftet worden sei, weil er beschuldigt wurde, einen Werkmeister des Hochheimer Fabrikanten durch Versprechen verleitet zu haben, ihm Einrichtungen und Fabrikationsgeheimnisse zum Zweck des Wettbewerbes mitzutheilen. Der Altonaer Fabrikant sollte nach dem Polizeibericht beabsichtigen, eine Conkurrenzfabrik zu gründen und dem betreffenden Werkmeister für den Vertrag Geldgegenrente versprochen haben. Die „Frankfurter Zeitung“ drückte den Bericht ab und teilte gleichzeitig mit, daß ihr zu dem Inhalt desselben eine interessante Ergänzung zugegangen sei, wonach der unbekannte Fabrikant sich auch in den Betrieb eingeschlichen habe, trotz des offiziellen Verbotes des Eintritts für Unbefugte. Der Unbekannte wurde angehalten, als er eben mit dem Abendzug nach Mainz abdampfen wollte; es war der Landtagsabgeordnete J. H. Mohr, Inhaber der Firma A. L. Mohr aus Altona-Behrenfeld.

Es folgte dann eine Berichtigung des Herrn Mohr, wonach die Angaben des Polizeiberichts für unrichtig erklärt wurden. Gleichzeitig teilte Herr Mohr in der Berichtigung mit, daß er wegen der in dem Polizeibericht enthaltenen Beleidigungen Strafantrag gestellt habe. Das gegen ihn von der Staatsanwaltschaft in Mainz eingeleitete Verfahren wegen Vergehen gegen das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb wurde auf erhöhte Beschwerde beim Oberlandesgericht in Mainz eingestellt.

Frankfurt a. M., 15. Dez. Im Prozeß Mohr gegen den Redakteur Doser verurtheilte der Gerichtshof letzteren zu 500 Mk. Geldstrafe eventl. 50 Tagen Gefängnis und sprach dem Kläger die Publicationsbefugniß in der „Frankfurter Stg.“, der „Wormser Zeitung“, den „Altonaer Nachrichten“ und der „National-Zeitung“ zu. Der Gerichtshof hat dem Angeklagten den Schuh des § 193 nicht zugebilligt, da nicht erwiesen sei, daß der Privatkämpfer sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. Der Gerichtshof lehnte es ab, das sonstige Verhalten des Privatkämpfers in Hochheim einer Würdigung zu unterziehen. Das Beweisverfahren batte ergeben, daß der Kläger Mohr bemüht war, Angestellte der Kaffee-Essenz-Fabrik von Pfeiffer u. Diller in Hochheim bei Worms, die das Kochen der Essenz bewirkten, zu sprechen bzw. zu engagieren, daß er sich die Fabrik von außen angesehen und sich Notizen

gestern als den geborenen Komiker bezeichneten, hat sich hier als ausgezeichneter Charakterdarsteller bewährt, und auf gleicher Höhe stand Therese Dirnberger von Miesbach als die alte Waberl. Wie die beiden, auch in der Maske vorzüglich, sich gaben, das war wirklich der Naturlaut reiner Menschlichkeit.

Die anderen Figuren treten rein künstlerisch nicht so in's hellste Licht, wie diese beiden, sie sind mehr episodisch, alle wurden aber bis in jede Einzelheit gut gespielt, so daß die ganze Vorstellung den Eindruck einer natürlichen, zwanglosen Einheitlichkeit macht, die man bei den Aufführungen solcher Stücke sonst so oft vermisst und die gerade den Vorzug dieser Darsteller bildet. Noch etwas anderes mache sich auch gestern wieder recht angenehm bemerkbar, das war das Fehlen jedes überflüssigen Lobens und Schreibens, womit in Erwähnung anderer Charakteristik die Personen in bürgerlichen Volksspielen so gern ausgestattet werden.

Zum Schlusse sei uns heute noch ein Wort über die Sprache gestattet. Wem der Gebirgsdialekt ganz fremd ist, dem wird bei Jönnelens Sprechen oder, wenn mehrere zugleich und auf einander einreden, vieles entgehen. Wer die Leute aber schon öfter gehört oder auch nur vieles gelesen hat, was in ihrer Sprache geschrieben ist, dessen Ohr findet sich bald durch. Und gerade den Trägern der Hauptrollen muß man nachröhmen, daß sie recht deutlich und theilweise wohl abschlich mit starker Annäherung an das reine Hochdeutsch sprechen, so besonders Raver Terofal, Therese Dirnberger, Michael und Anna Dengg, Anna Terofal und auch Joseph Meth. Ziemlich schwer verständlich ist dagegen Matthias Gailing.

Der Tanz mit dem Schuhplattler und die Jittertanzträge von Andreas Mehringer erhöhten den Reiz und die Spannung.

gemacht habe, hingegen hat die Beweisaufnahme nicht ergeben, daß er sich als Reichstagsabgeordneter ausgegeben habe.

#### England.

London, 16. Dez. Eine Versammlung, in welcher eine Londoner Abteilung der Vereinigung der Dockleute und Seefahrer vertreten war, beschloß, allen Dockleuten und Wasserarbeiter des Hafens von London zu empfehlen, eine Lohnhöhung von 10 Shilling pro Woche zu verlangen und wenn diese nicht bewilligt werden sollte, den allgemeinen Ausstand zu erklären.

#### Danitzer Lokal-Zeitung.

Danzig, 16. Dezember. Wetterausichten für Donnerstag, 17. Dez., und war für das nordöstliche Deutschland: Ziemlich kalt, vielfach Niederschläge, wolzig. Nebel.

\* Stadtverordnetenkundung am 15. Dez. Vorsitzender Herr Steffens, Vertreter des Magistrats die Herren Erster Bürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trampe, Stadträthe Ehlers, Fehlhaber, Dr. Damus, Dr. Ackermann. Assessor Meckbach.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Beschlussoberlegung über die Gültigkeit der im November d. Js. vollzogenen Stadtverordnetenwahlen, welche nach dem Zuständigkeitsgesetz der Stadtverordneten-Versammlung obliegt. Der Magistrat teilt mit, daß sämtliche Gewählten sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt haben, Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl nur in einem Falle erhoben sei. Im dritten Bezirk der 3. Abteilung wurde bekanntlich Herr Kaufmann Schmidt mit 421 Stimmen gewählt, während die absolute Mehrheit 420 Stimmen betrug. Nach den Ermittlungen des Magistrats hat Herr Schmidt nur 420 gültige Stimmen erhalten, denn aus Versehen ist eine von einem Wähler der ersten Abteilung, der also in der dritten Abteilung zur Stimmbabgabe nicht berechtigt war, für Herrn Schmidt abgegebene Stimme als gültig missgezählt worden. Unterm 13. November, aber erst am 6. Dezember beim Magistrat eingegangen, hat Herr Hermann Jacobson gegen die Gültigkeit dieser Wahl protestiert. Der Protest stützt sich auf die Herrn J. gemachten Angaben, daß zwei im Wahllokale vor 4 Uhr Nachmittags anwesende, dort während der Wahl amtlich beschäftigte Wähler der dritten Abteilung am Schlusse zur Wahl nicht mehr zugelassen seien und daß für Herrn Schmidt Personen gestimmt hätten, die öffentliche Armen-Unterstützung empfangen. Letzteres ist nach den Ermittlungen des Magistrats nicht der Fall gewesen, und was die Nichtzulassung zweier Magistratsbeamten, die bei der Wahl mit schriftlichen Arbeiten hilfsweise beschäftigt waren, betrifft, so haben sie protokollarisch erklärt, daß der eine von ihnen sich wegen starker Inanspruchnahme bei den Protokoll-Auswertungen überhaupt nicht zur Stimmbabgabe meldet, der andere dies erst und zwar anfragend gethan habe, nachdem der Wahlvorsteher schon die Abstimmung für geschlossen erklärt hatte. Beide erklären es für unrichtig, daß sie an der Ausübung ihres Wahlrechts durch den Wahlvorstand verhindert worden seien. Der Magistrat hält demnach den Protest für unbegründet, auch habe der selbe die 14-tägige Einspruchsfrist nicht innegehalten. Die Versammlung schließt sich dieser Ansicht an und erklärt nach dem Vorschlage ihres Vorsitzers einstimmig, ohne Debatte, sämtliche Wahlen, einschließlich der des Herrn Schmidt, für gültig. — Herr Böse knüpft hieran die Bitte, es möge in Zukunft bei Auflistung der Wählerliste mit größerer Sorgfalt versuchen und eine Aenderung des Wahlverschagens, das bei starker Beteiligung wie diesmal zu Unzuträglichkeiten geführt habe, in Erwägung geogen werden. — Herr Erster Bürgermeister Delbrück: Bei der Auflistung der Wahllisten sei mit aller möglichen Sorgfalt auf Grund des vorliegenden Materials verfahren worden. Dahin folge der Wohnungswechsel sowie durch Ab- und Zuzug Unvollständigkeiten entstanden seien, sei eben nicht zu vermeiden. Jedensfalls müsse er den Vorwurf zurückweisen, daß von der städtischen Verwaltung bei Auflistung der Wählerliste mit größerer Sorgfalt versucht werde, eine Aenderung des Wahlverschagens, das bei starker Beteiligung wie diesmal zu Unzuträglichkeiten geführt habe, in Erwägung geogen werden. — Der Magistrat hält demnach den Protest für unbegründet, auch habe der selbe die 14-tägige Einspruchsfrist nicht innegehalten. Die Versammlung schließt sich dieser Ansicht an und erklärt nach dem Vorschlage ihres Vorsitzers einstimmig, ohne Debatte, sämtliche Wahlen, einschließlich der des Herrn Schmidt, für gültig.

Zwei weitere Vorlagen betreffen die in Folge des bedeutenden Wachstums der Geschäfte bei der städtischen Verwaltung erforderliche Vermehrung des Beamtenpersonals. Als besonders dringlich erachtet der Magistrat die Anstellung je eines Bureau-Assistenten bei der Sieuerverwaltung, der Bauverwaltung und dem Generale-Decennat, ferner eines Kassen-Assistenten bei der Steuererhebung. Die Einstellung dieser Beamten soll mit den Ansangsgehältern geschehen. Ferner beantragt die städtische Bauverwaltung, deren Geschäfte einen solchen Umfang angenommen haben, daß sie durch Hilfsarbeiter nicht dauernd versehen werden können, die Anstellung eines zweiten Stadtbaumeisters mit 4800 Mk. und dreier technischer Assistenten mit je 2400 Mk. Jahresgehalt. Die erste Vorlage wird ohne Debatte angenommen. Beitreff der Vermehrung des Beamtenpersonals der Bauverwaltung bemerkt zunächst Herr Baurath Fehlhaber, daß die Geschäfte der Bauverwaltung sich in den letzten Jahren sehr stark vermehrt hätten und zähle eine Anzahl von bevorstehenden Bauten auf, welche die Bauverwaltung in den nächsten 12—20 Jahren in Anspruch nehmen würden. Er selbst sei durch Sitzungen und andere Geschäfte so stark in Anspruch genommen, daß er sich um die Bauten nicht so kümmern könne, wie er es für seine Pflicht halte, deshalb müsse zu seiner Vertretung ein zweiter Stadtbaumeister eingestellt werden. Gegenwärtig seien Techniker vorübergehend beschäftigt, das habe jedoch mancherlei Unzuträglichkeiten gebracht, denn häufig wechselten sie ihre Stellung und darunter müßten dann die Abrechnungsarbeiten leiden. Herr Stadtverordneter Karow meint, daß zwei Stadtbaumeister für eine Stadt wie Danzig zu viel seien. Früher sei man ohne einen zweiten Stadtbaumeister auskommen, und es sei damals ebenso viel gebaut worden wie heute. Wenn wir einen zweiten Stadtbaumeister einmal ange stellt hätten, so könnten wir ihn nicht wieder los werden, auch wenn keine Arbeit mehr für ihn da sei. Herr Erster Bürgermeister Delbrück erklärt, daß der Magistrat einen großen Werth auf die Annahme der Vorlage lege. Da dauernd vorübergehende Hilfskräfte verwendet werden, bringe eine Schädigung der Verwaltung bei der Durchführung und Abrechnung der Bauten mit sich. Wenn dagegen ein Beamter seit angestellt würde, so würde er nicht nur sich in die Tradition der Verwaltung hineinleben und die Anschauungen der Baudeputation kennen lernen, sondern auch die Interessen der Stadt mehr wahrnehmen, als ein vorübergehend beschäftigter Techniker. Bei der jetzigen Geschäftseintheilung habe der Stadtbaumeister keine Zeit, den erforderlichen Sitzungen beizuhören, so daß Ablagen in den Commissionen laut geworden seien. So habe er z. B. in einer Woche sechs mehrstündige Sitzungen beizuhören müssen. Wo bleibt da die Frische, die sein Amt erfordere? Unbedingt würde es sich um keine Mehrausgaben handeln, da die Summe, welche das Gehalt der neuen Stelle ausmache, schon seit Jahren an interimsähnlich angestellte Techniker verausgabt worden sei. Herr Bürgermeister Trampe bat gleichfalls, die Stelle zu bewilligen. Die Arbeiten seien zu umfangreich geworden und was sollte werden, wenn der Stadtbaumeister einmal krank werde? Früher sei die Bauverwaltung kleiner gewesen. Auch die Herren Stadtverordneten Hybbeneth und Schneider traten für die Bewilligung der Vorlage ein, der erste machte darauf aufmerksam, daß Mehrausgaben bei Bauten erwacht seien, die bei einer sorgfältigen Überwachung hätten vermieden werden können, während der letztere darauf hinwies, daß tüchtige Techniker von hier weggegangen seien, weil ihnen in einer anderen Stadt eine definitive Stellung geboten worden sei. Im weiteren Laufe der Debatte, an welcher sich die Herren Erster Bürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trampe, Stadtbaumeister Fehlhaber und Stadtverordneter Karow beteiligten, regte Herr Stadtbaumeister Davidsohn an, daß dem Stadtbaumeister untersagt werden möchte, ohne Genehmigung des Magistrats Privatbauten zu übernehmen. Nachdem der Herr Erster Bürger-

meister Delbrück zugesagt hatte, die schon heute bestehenden Bestimmungen in den Anstellungsbedingungen zu verschärfen, wurde die Vorlage mit großer Majorität angenommen.

Nachdem die Relicenteiträge der Volks- und Mittelschullehrer von Staat und Städten übernommen sind, haben auch die Lehrer der höheren Lehranstalten um Befreiung von diesen Beiträgen erjucht, indem sie darauf hinweisen, daß bei den Staatsanstalten der Staat diese Beiträge zahlt. Da auch in verschiedenen Städten schon diese Beiträge auf die Stadtkasse übernommen sind und ein gleiches hier bei der Dötzschule der Fall ist, will der Magistrat die Ungleichheit beseitigen und die noch bestehenden 3685 Mk. Relicenteiträge der Lehrer des Gymnasiums, der St. Johannes- und St. Petrischule auf die Stadt übernehmen. Die Versammlung giebt auch dazu einmütig ihre Zustimmung.

Die Versammlung erhält alsdann die Genehmigung zum Ankauf des von Herrn Orgelbauer Witt von seinen Grundstücken Wellengang 10–13 hergestellten, mit Alinnerplaster versehenen Bürgersteiges von ca. 100 Qu.-Meter für 700 Mark, dem Ankauf eines Terrainstreifens von 7 bis 8 Qu.-Meter zur Verbreiterung der Straße zwischen Große Molde und Nonnenacker in Schidlik für 20 Mk., zur Weiterverpachtung der Arahnhofsfähre pro 1897 an die Gesellschaft "Weichsel" und bewilligt dann zu Beleuchtungsanlagen für die Straße Johannisthal in Langfuhr 214.50 Mk., für die Straße von Leegkriech nach Brentau 139 Mk. — Bei Begründung der Vorlage wegen Weiterverpachtung der Arahnhofsfähre, die als dringlich außerhalb der Tagesordnung eingebrochen war,theilte der Decernent Herr Ehlers mit, daß für die Zukunft die Errichtung einer Dampfschöre am Arahnhof und ferner die Stationierung einer Dampfspröse auf einem Prahm in der Motzau projectirt werde.

\* Ein sehr bedauerlicher Unfall, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind, hat hier gestern spät Abends den Oberbürgermeister unserer Nachbarstadt Elbing Herrn Eßlitt betroffen. Herr Eßlitt, der als Mitglied des wesepreussischen Provinzialausschusses gestern an dessen Berathungen Theil nahm, wurde, als er gestern Abend die Berthold'sche Gasse bei der Einmündung in den Langenmarkt überschreiten wollte, von einem Fleischerschlitten übersfahren und so schwer verletzt, daß er bestinnungslos, aus Nase und Mund blutend, liegen blieb. Herr Eßlitt wurde durch einen Schuhmann nach dem Lazarus in der Sandgrube gebracht und lag heute Morgen dort noch in bewußtlosem Zustande. Der Führer des Schlittens hatte von dem Unfall gar keine Notiz genommen, sondern war im Trape durch die Karschnergasse davongefahren. Er ist noch nicht ermittelt.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfuhren, beüsserte sich gegen Mittag der Zustand des Herrn Eßlitt und derselbe kam wieder zum Bewußtsein. Immerhin ist sein Zustand nicht unbedenklich. Herr E. hat durch den Fall eine Kopfwunde erlitten, auch scheint eine Gehirnerkrankung eingetreten zu sein. Ob eine Schädelverletzung vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Verschiedene höhere Beamte machten im Laufe des Vormittags dem Patienten ihre Krankenbesuche.

\* Ungiltige Wahl im Schweizer Kreise. Wie wir schon gemeldet haben, dat die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages beschlossen, die am 9. Juli d. Js. vollzogene Reichstags-Nachwahl im Schweizer Kreise abermals für ungültig zu erklären. Bekanntlich war am 27. April d. Js. die im Jahre 1893 wegen 17 zerstörter Stimmen erst in der Giechwahl erfolgte Wahl des deutschen Compromiß-Candidaten Herrn Holtz-Parlin nach langen Verhandlungen und Erhebungen über Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt worden und die preußische Regierung ließ nun auf Grund der Wahllisten von 1893 die Nachwahl vornehmen, obwohl schon vor der Wahl auf die voraussichtliche Ungültigkeit hingewiesen wurde. Der jetzt vorliegende schriftliche Bericht der Wahlprüfungs-Commission ergiebt, daß nur dieser Umstand die Ungültigkeitserklärung der Nachwahl des Herrn Holtz herbeigeführt hat. Der Rechtsauffassung des preußischen Ministers des Innern, daß Nachwahlen in Folge Ungültigkeitserklärung auf derselben Grundlage, also mit denselben Wählerlisten wie bei der Hauptwahl vorzunehmen seien, wurde die direct entgegensehende Auffassung der Reichsregierung gegenüber gestellt. Minister v. Bötticher als Vertreter des Bundesraths erklärte erst 1895 im Reichstage, als die weimarsche Regierung bei einer Nachwahl ebenfalls die alten Wahllisten anwenden wollte: "Die Reichsverwaltung hat die Frage geprüft und sich auf den Standpunkt gestellt, daß unter allen Umständen bei der Vornahme von Erstwahlen, wenn ein Jahr seit der Hauptwahl verflossen ist, neue Wählerlisten angefertigt werden müssen." Diesen Standpunkt vertrat auch die Wahlprüfungs-Commission und mit 9 gegen 4 Stimmen beschloß sie die Ungültigkeitserklärung.

\* Provinzial-Ausschuß. In der gestern unter dem Vorsitz des Herrn Geh. Regierungs-Raths Döhn abgehaltenen Sitzung des Provinzial-Ausschusses wurde zunächst nach den geschäftlichen Mitteilungen des Herrn Landeshauptmanns die erforderliche Unterstützung zum Bau einer Kleinbahn vom Bahnhof Briesen nach der Stadt Briesen genehmigt, desgleichen wurde die Zustimmung zur Überlassung der bisher im großen Giechungsaale des Landestheaters angebrachten Büste Kaiser Wilhelms II. nebst Unterbau an den Kreis Putzig ertheilt. Nach Decharakterisierung der Jahresrechnungen der Landeshauptkasse pro 1895/96 kamen die Voranschläge für das Rechnungsjahr 1. April 1897/98 für die Provinzial-Irran-Anstalten Schwedt, Neustadt und Conradstein sowie für die Laubsummen-Anstalt in Marienburg zur Berathung. In der alsdann in den ersten Nachmittagsstunden gemachten Pause wurde eine Befreiung über die Errichtung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. in Danzig vorgenommen. Zuerst kam die Platzfrage zur Erörterung. Der Heumarkt, der Platz rechts vor dem Hohenhöher und der Platz vor dem neu zu erbauenden Generalcommando waren in Vorschlag gebracht. Herr Erster Bürgermeister Delbrück hielt von vornherein den heumarkt nicht für geeignet; derselbe werde durch die neu zu legende Provinzial-Chaussee eine ganz andere Situation erhalten und das zur Errichtung eines Denkmals eventuell geeignete Terrain vor dem Hotel „Zur Stadt

Marienburg“ gehöre nicht der Stadt Danzig und dieselbe gedenke auch nicht dorthin selbst in den nächsten Jahren Terrain anzu kaufen. Ebenso wenig wurde das Terrain vor dem neuen Generalcommando-Büro für passend gehalten; man entschied sich vielmehr für den Platz rechts vor dem Hohenhöher auf der seitens der Stadt dort geplanten Schmuckanlage. — Als dann kam man zur Erörterung über die äußere Gestaltung des Denkmals, wobei gleichzeitig die Kostenfrage zur Sprache kam. Zunächst wurde abgerathen, die Form des üblichen Reiterstandbildes zu wählen; man möge den Kaiser stehend in seiner schlichten Größe so darstellen, wie er hier den Danziger Bürgern noch von seinen Besuchen in treuer Erinnerung ist. Den Sockel des Denkmals sollen Reliefs zeigen, welche die geschichtliche Entwicklung der Provinz Westpreußen darstellen. — Was die Kostenfrage anbelangt, so wurde auf eine Beihilfe seitens der Kreise, kommunalen Körperschaften oder durch Privatsammungen Abstand genommen und beschlossen, daß die Provinz allein das Denkmal errichtet. Bei diesem Zwecke sollen alljährlich in den Etat je 20.000 Mk. bis zur schätzlichen Höhe von 100.000 Mk. auf welche Summe die Kosten des Denkmals veranschlagt sind, eingestellt werden. Von der Provinzial-Hauptstadt Danzig soll nur die Hergabe des Platzes und die spätere Unterhaltung des Denkmals beansprucht werden. Was den Termin der Grundsteinlegung anbelangt, so hatte man vorst den 22. März in Aussicht genommen; es wurde hier von jedoch abgesehen, in erster Linie mit Rücksicht darauf, daß bis zu diesem Tage die Vorarbeiten nicht erledigt sein können, ferner weil ohnedies an diesem Tage voraussichtlich zahlreiche andere Festlichkeiten die befehligen Kreise in Anspruch nehmen würden. Man einige sich schließlich dahin, einen der zahlreichen historischen Gedenktage im Herbst zu wählen und es dürfte hierbei voraussichtlich der 2. September gewählt werden. Mit der weiteren Entscheidung aller zunächst in Betracht kommenden Fragen wurde eine Commission betraut und in dieselbe gewählt die Herren Geh. Regierungsrath Döhn, Landeshauptmann Jäckel, Erster Bürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trampe, Stadtverordneten-Vorsteher Steffens, und als technische Beiräthe die Herren Landesbaudirektor Tiburtius und Stadtbaudirektor Fehlhaber.

Heute Vormittag wurde die Sitzung des Provinzial-Ausschusses fortgesetzt. Es fand die weitere Berathung der Voranschläge der unter der Provinzialverwaltung stehenden Anstalten statt. Weiter ist noch auf die Tagesordnung gekommen: eine Befreiung über die Provinzial-Besserungs- und Landarmen-Anstalt in Ronitz, die Auszahlung der der Meliorationsgenossenschaft Vietowo (Kreis Pr. Giegar) in Aussicht gesetzten Beihilfe von 9000 Mk. und Bewilligung einer Beihilfe für die in der Gründung begriffene Haushaltungsschule in Schönec.

\* Marktverkehr auf dem Fischmarkt. Aus Anlaß mehrerer von den bisherigen Standinhabern auf dem Fischmarkt an den Herrn Polizei-Präsidenten gerichteten Bittgesuche hat letzter nunmehr genehmigt, daß von heute ab die bisherigen Marktverkäufer von Grünkram &c. wieder auf dem Fischmarkt bis zur Häkergasse austehen dürfen.

\* Feiertagsverkehr in der Markthalle. Der Herr Polizeipräsident erläßt heute im „Int.-Bl.“ folgende Bekanntmachung:

Auf Antrag des hiesigen Magistrats wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die städtische Markthalle an den beiden Tagen vor Weihnachten, Mittwoch, den 23., und Donnerstag, den 24. Dezember d. Js., auch in der Zeit von 1 bis 5 Uhr Nachmittags und 8 bis 9½ Uhr Abends, ferner am Sylvester, Donnerstag, den 31. Dezember d. Js., auch in der Zeit von 1 bis 5 Uhr Nachmittags für den Verkehr des Publikums geöffnet bleibt.

\* Obligatorische Viehversicherung. Die hiesige Fleischerinnung hat beschlossen, das bisherige Statut dahin abzuändern, daß jedes Mitglied der Innung verpflichtet sein soll, sämtliches für seine Rechnung auf dem Schlachthofe zu schlachtende Vieh 24 Stunden nach der Einlieferung bei der Danziger Viehmarktsbank zu versichern, soweit die Versicherung nach den Statuten dieser Bank zulässig ist. Der Bezirksausschuß hat zu dieser Statutenänderung die Genehmigung verliehen, weil die statutarische Bestimmung über die Aufgabe der Innung hinausgeht, da ein Versicherungswang zu Gunsten einer Versicherungsanstalt, welche außerhalb der Innung steht, nicht eingeführt werden kann.

\* Gartenbauverein. Nach der Vorstandswahl, über welche gestern Abend berichtet ist, hielt in der Sitzung am Montag Abend Herr kgl. Garten-Inspector Radke-Oliva einen Vortrag über die Gartenbauschule für junge Damen des Fr. Elvira Caffner in Friedenau bei Berlin, wo er durch verschiedene Unterredungen sowie durch Artikel in den Tageszeitungen veranlaßt worden sei. An der Hand der Statuten jener Anstalt und verschiedener weiterer Veröffentlichungen suchte der Vortragende nachzuweisen, daß die Leiterin des Unternehmens von ganz falschen Voraussetzungen ausgeging und die Gärtnerarbeit so bearbeitete, wie dies eben von nicht sachverständiger Seite zu geschehen pflegt. An einer Reihe von Beispielen wurde mit oft drastischen Humor dargethan, welche Hindernisse sich in der Praxis der Verwirklichung von Fr. Caffners Versprechungen entgeggestellt. Redner meinte schließlich, wenn er auch selbst diese Befreiungen sympathisch gegenüberstelle, so würden durch die von Fr. Caffner verbreiteten Ansichten viele falsche Behauptungen in's Publikum gebracht, die falsche Hoffnungen bei jungen Mädchern erwecken, welche sich niemals verwirklichen lassen würden. Herr Fr. Lenz teilte dann aus einer Fachzeitung einen Bericht mit, aus welchem hervorging, daß die in den Tages-Spec. Frauenzeitungen so sehr geprägten Prüfungen in Fr. Caffners Anstalt ohne praktischen Werth seien. Auch er vertrat die Ansicht, daß es nur ein Zeugnis von Unterföhrung und Seringföhrung gärtnerischer Arbeit sei, wenn man junge Damen dazu überrede, daß es für sie möglich sei, sich durch Gemüse- und Obstbau ein leidliches und angenehmes Auskommen zu sichern. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, in Zukunft die Sitzungen in einem der oberen Säle der „Concordia“ abzuhalten, wovon man sich manche Vortheile für die Thätigkeit des Vereins verspricht. Herr Radke regte an, zu einigen Sitzungen auch Damen einzuladen und für dieselben anprechende Vortrags-themen zu sorgen.

\* Verleihung. Auf dem hier liegenden Dampfer „Emily Richert“ hatte der Arbeiter A. die Aufsicht, während die Arbeiter entfernt hatten, die Kierbei geriet er in Streit mit einem Aufsichter; dieser gab ihm einen Stoß, so daß er vom Dampfer 2½ Meter auf das Eis stürzte und sich nicht unerheblich verletzte. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben

\* Verkäuferungen im Grundbesitz. Es sind verkauft worden die Grundstücke: Grabengasse Nr. 8 von der Handelsgesellschaft Toching u. Westphal an den Fabrikmeister Wilhelm Bartels für 76.000 Mk.; Weidengasse Nr. 50 von dem Maurermeister Langner an den Jahnarzt Simon für 49.000 Mk.; Hopfengasse Nr. 95 und 96 und Müngengasse Nr. 29 von der vermittelten Frau Kaufmann Brandt an den Kaufmann Julius Rudolph Brandt für 95.000 Mk. Ferner ist das Grundstück an der großen Mühle Nr. 3 nach dem Tode des Schankwirths Kring auf dessen Witwe übergegangen.

\* W. Weihnachtsfeier. Die St. Katharinen-Sonntagschule gedenkt ihre Weihnachtsfeier am ersten Feiertage, Nachmittags 5 Uhr, in der St. Katharinenkirche abzuhalten.

\* Weihnachts-Bescherung. Am 28. d. M. wird für hiesige Kellner-Verein eine Weihnachts-Bescherung der Kinder im Saale des „Freundschaftlichen Gartens“ veranstaltet.

\* Weihnachtsfeier in der Herberge zur Heimath. Wie in früheren Jahren, so gedenkt die Herberge zur Heimath auch dieses Mal den reisenden Handwerksbürgern eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Die Reisenden verleben fern von ihren Angehörigen und von der Heimath das schönste aller Feste. Um so mehr gilt es, aus Rücksichtnahme ihres Weihnachtstisch zu bereiten, damit auch sie eine Freude haben. Höflichkeit werden viele durch diese Zeilen bewogen, ihre Gaben zu diesem Zweck beizusteuern. Gaben an Geld und nützlichen Gegenständen werden gern entgegengenommen. Große Mühlengasse 6.

\* Polizeibericht für den 16. Dezember. Verhaftet: 12 Personen, darunter 2 Personen wegen Unfugs, 4 Bettler, 1 Person wegen unerlaubten Musizirens, 1 Person wegen Trunkenheit, 3 Obdachlose. — Gefunden: Am 23. November cr. 1 zweijähriger Handwagen, abzuholen vom Produzentenhändler Herrn Eduard Aurowski, 2. Neugarten 931. Am 23. November cr. 1 Cigarrenfach, abzuholen vom Klempnerlehrer Erich André, Langfuhr, Labesweg Nr. 1. Am 24. Nov. cr. 1 großes braungefärbtes seidenes Tuch, abzuholen vom Lokomotivführer Herrn Karl Strate, Baumgartengasse 39. Am 24. Nov. cr. 1 Samtfaß, abzuholen vom Schuhmann Herrn Henkel, Schiessgasse 6. — Verloren: 1 goldene Damenuhr mit Ketten, abzugeben im Kundenbüro der königl. Polizei-Direction.

#### Aus den Provinzen.

\* Krojanke, 15. Dez. Durch den bekannten eisartigen Feuerwerkshörner, wie er so häufig in den Händen der Kinder geliefert wird, ist der hiesige Räucher-Semm sehr gefährlich verletzt worden. Um einem seiner Freunde die Handhabung beim Abgrenzen dieses Feuerzeuges zu zeigen, hatte er dasselbe angezündet. Nachdem die obere Masse, wie gewöhnlich, in raschendem Feuerregen bis zu der die bekannten Detonationen bewirkenden Explosionsmasse herabgebrannt war, nahm letztere nicht, wie sonst, nach oben, sondern nach unten, wo wohl der Kerl sich gefehlt hat, ihren Weg in die Hand des Experimentierenden, dieselbe am Ringfinger bis auf die Sehnen bloßlegend. Bald darauf trat eine sehr gefährliche Blutvergiftung ein, die mit großer Schnelligkeit bis zur Schulter forschritt, so daß eine sofortige Operation nötig wurde, die von zwei Ärzten ausgeführt worden ist.

\* Die Goldaper Maurer-Innung vor dem Bezirksausschuß. Am Sonnabend fand vor dem Bezirksausschuß in Königsberg eine Verhandlung statt, welche ein eigentliches Streitlicht auf die Verhältnisse in manchen Innungen geworfen hat. Der Verhandlung lagen, wie die „A. H. Blg.“ meldet, folgende Thatsachen zu Grunde:

Der Maurermeister W. aus Königsberg, welcher seine Meisterprüfung vor der Innung zu Goldap abgelegt und auch von dieser der Meisterbrief ausgestellt erhalten hatte, war bei der Königsberger Innung um Aufnahme eingekommen, von dieser aber abgewiesen, da die Königsberger Innung die Goldaper nicht als den geforderten Bestimmungen entsprechend anerkannte. W. hatte sich hierauf Beschwerde führend an den Magistrat gewandt, und dieser hatte die Aufnahme des W. von Aufsichts wegen verfügt. Die Innung beruhigte sich jedoch bei dieser Entscheidung nicht, sondern klagte beim Königsberger Verwaltungsgericht auf Aufhebung derer, indem sie ausführte, daß die Goldaper Innung gefährlicher Weise fast nur aus solchen Mitgliedern besteht, die garnicht im Bezirk der Innung ansässig seien, und daß es scheine, als ob bei den Meisterprüfungen unlautere Nebenwege verfolgt würden, da die Prüfungsgebühren auffallend hoch seien. In seiner Sitzung vom 16. März 1895 beschloß hierauf der Bezirksausschuß, den Herrn Regierungs-Präsidenten zu Gumbinnen um Untersuchung der ganzen Sache auf dem Verwaltungsweg zu bitten. Dieses geschah und hatte zur Folge, daß der Bürgermeister sein Amt sofort niedergelegt und die Innung vorläufig suspendiert wurde. Am 9. Mai d. Js. beschäftigte sich sodann der Bezirksausschuß zum zweiten Male mit der Angelegenheit und beschloß, auch einerseits eine Beweisaufnahme durch Zeugenvernehmung vorzunehmen, und zwar sollten neu in Goldap geprüfte Maurermeister vernommen werden. Bei dieser Vernehmung stellte sich denn nun heraus, daß der eigentliche Gründer der Innung der Bürgermeister war, der es sich, wie es scheint, in den Kopf gesetzt hatte, in Gemeinschaft mit einem Goldaper Maurer eine „blühende“ Goldaper Maurerinnung zu gründen. Zu diesem Zwecke schrieben die beiden Gründer an eine Menge Maurer in den verschiedenen Dörfern der Provinz, sie zum Eintritt in die Goldaper Innung einzuladen. Der Versuch glückte, der Goldaper Maurer wurde „Obermeister“ und die Innung war da. Dies war aber eigentlich nur erst Mittel zum Zweck. Es fehlte der „Blüthe“ noch die „Frucht“. Doch auch diese kam. Man sorgte dafür, daß es bald in der ganzen Provinz bekannt wurde, wie bequem es sei, Goldaper Innungsmeister zu werden, und bald meldeten sich Leute genug, denen dieses wünschenswerth war. Eine Zeichnung war ja bald besorgt, wurde doch gar nicht einmal besonders genau darauf gesehen, daß man sie selbst gemacht. Das persönliche Erscheinen war auch nicht immer erforderlich. Die Hauptfahne aber waren die Prüfungskosten, die nach den Umständen im Betrage von 100, 150, ja selbst 300 Mk. Kurz, das Geschäft „blühte“ und der Prüfungsschmause, die aus der Kasse durch die aufgekommenen Prüfungsgelder und aus etwaigen besonderen milden Gaben der Examinianden bezahlt wurden, waren nicht wenige. Es möchte vielleicht die „blühendste“ Innung Deutschlands sein. Natürlich mußte bei allem ein gesetzlicher Schein gewahrt werden. Dies war am schlimmsten gegenüber der gesetzlichen Bestimmung, daß die Mitglieder der Innung im Bezirk derselben anlässig sein müßten. Doch auch hier wußte man Rath. Die Innung baute auf gemeinsame Kosten der Mitglieder in Goldap ein Haus, die Mitglieder bezahlt somit dorthin selbst Grund- und Eigentum, bezahlt davon Abgaben, und — der Herr Bürgermeister trug sie in die amtlichen Listen als „Goldaper Bürger“ ein.

Der Gerichtshof erklärte das ganze Prüfungsverfahren der Goldaper Maurer-Innung für ungünstig, da weder die Prüfungscommission ordnungsmäßig besetzt noch die Prüfungsbedingungen den darüber bestehenden Bestimmungen entsprechend festgesetzt, noch überhaupt die ganze Prüfung geziemlich erfolgt sei. Die Prüfungen seien nur Scheinprüfungen gewesen und die Goldaper Innung nicht als eine den übrigen Maurer-Innungen gleichartige im Sinne des § 100, Abs. 3 der Gewerbeordnung anzuerken. Die Entscheidung des Magistrats wurde demgemäß aufgehoben und der Königsberger Maurer-Innung das Recht zugesprochen, die Aufnahme des W. zu verweigern.

Reutomischel, 16. Dez. (Zel.) Beim Schlosschulaufen ertrank hier der königl. Hofschorer Gärtn.

Bromberg, 15. Dez. Der Magistrat hat von seinem Rechte, die Einziehung einer gemischten Commission zu verlangen, Abstand genommen und ist dem Beschluß der Stadtverordneten betreffend der Ablehnung der Biersteuer beigetreten.

#### Vermischtes.

\* Politische Pfefferkuchenverse sind, bei der Fülle von interessanten Ereignissen, die das zu Ende gehende Jahr gebracht hat, diesmal recht häufig in den Schaukästen anzutreffen. Unseren vielfrequentierten chinesischen Sommergäst bestimmt der Pfefferkuchenbieder: „Li-hung-Tschang hat uns besucht. Und er hat uns ganz behext. Doch bestellten was? Ja — Auch, Bleib' nur, wo der Pfeffer wächst!“ In hoher Politik macht der Meisteier: „Russie haut dich über's Ohr, Lieber Feig, sieh dich — Faure!“ Ihr eigenes Leid entlockt den Bäckermeistern den Stoßausdruck: „Arbeitszeit maximal, doch Verdienst minimal!“ — wie die humoristische Ausage: „O Bunderath, o Bundesrat, Was haben wir verbrochen? Zum Backen bleibt uns keine Zeit. Wir müssen ja durchlöchen.“ — Auch der Hamburger Ausstand hat herhalten müssen: „Schwiegermutter, Leidbitter, Anwalt, Aerzt und andere Deute, Wann streiken diese „Schauer“leute?“

\* Der Preußenkreiser Dr. Sigl schreibt im „Boerischen Vaterland“: „Oberst Liebert kommt statt als Oberleutnant zu den Chinesen, die kein Verlangen nach ihm tragen, als Missionär preußischer Pickelhaubencultur zu den Wilden in Afrika, die ihn vielleicht vor Liebe aufstrecken, wenn er gefehlt ist, was bei Preußen allerdings nur selten der Fall sein soll. Vielleicht freuen sie ihn aber doch; es bleiben ja immer noch genug übrig.“

#### Standesamt vom 16. Dezember.

Geburten: Hauptlehrer Albert Czelinski, I. — Schuhmachergelehrte Oskar Grabowski, G. — Tischlergelehrte Rudolf Basner, G. — Maurermeister Johann Moczyński, I. — Schuhmachergelehrte Julius Wiejecki, G. — Arbeiter Friedrich Grotter, G. — Kaufmann Paul Dankier, I. — Arbeiter Albert Bock, G. — Arbeiter Friedrich Baer, I. — Arbeiter Heinrich Aufen, I. — Werk-Hilfschreiber Paul Bohle, G. — Unehelich: I. G. I. Z.

Aufgebote: Buchhalter Oskar Gieskele und Margarete Ladby, beide hier. — Schuhmachergelehrte Paul v. Maedt und Rosalie Krüger, beide hier. — Arbeiter Johannes Liedke und Therese Schill, beide hier. — Dienner Wilhelm Johann Fritz Müller hier und Ida Mathilde Temp zu Strauhütte.

Heiraten: Färberges

# Nur 20 Pfennig monatlich!

## Der Danziger Courier ist die billigste Tageszeitung Danzigs.

Er kostet, ins haus gebracht, bei unsren Austrägerinnen monatlich 30 Pfennig. Bei Abholung von der Expedition und den Abholestellen 20 Pfennig monatlich. Zu diesem Preise kann der „Danziger Courier“ bei folgenden Abholestellen in Danzig und den Vororten abonnirt werden:

### Rechtstadt.

Breitgasse Nr. 71	bei Herrn M. J. Zander.
" 89 "	A. Aurowski.
" 108 "	" A. Aurowski.
Brodbänkengasse Nr. 42	bei Herrn Alois Kirchner.
1. Damm	14 " Harp.
3. Damm	9 " Lippe.
3. Damm	7 " W. Machwitz.
Heil. Geistgasse	47 " Rudolf Dentler.
	131 " Max Lindenblatt.
Holmmarkt	27 " H. Mansky.
Hundegasse	80 " Gust. Jäschke.
Junkergasse	2 " Richard Uhl.
Achtemarkt	30 " Herm. Lehmer.
Langenmarkt 24 (Grünes Thor) bei Herrn Franz Weißner.	
Langgasse 4 bei Herrn A. Fast.	
Röpergasse Nr. 10 bei Herrn Hugo Engelhardt.	
Ziegengasse 1 bei Herrn Otto Krämer.	

### Altstadt.

Altstadt. Graben Nr. 69/70	bei Herrn George Gronau.
Am brausenden Wasser 4	G. Loewen.
Bäckergasse. Große Nr. 1	Ernst Schöfau.
Fischmarkt	J. Jindel.
Gr. Gasse	45 Julius Dentler.
Hinter Adlersbrauhaus	3b Albert Burndt.
Kastubischer Markt Nr. 10	Draskowsky.
Anüppelgasse	67 A. Winkelhausen.
Paradiesgasse	2 G. Rabbah.
Pfefferstadt	37 Alb. Wolf.
Rammbaum	8 Rud. Beier.
Rittertor	2 P. Schliem.
Schüsseldamm	30 George Gronau.
Schüsseldamm	32 Centnerowski u. Hofleibl.
	56 Dyn.
Seigen, hohe	27 Renn.
Tischlergasse	23 Bruno Ediger.
Lobiasgasse	25 J. Roslowsky.

### Innere Vorstadt.

Fleischergasse Nr. 29	bei Herrn J. M. Kowalewski.
" 87 "	Albert Herrmann.
Holzgasse	22 Rahr.
Lafsdie	15 J. Fiebig.
Mottlauer Gasse	7 B. D. Aliewer.
Poggendorf	48 Jul. Rappert.
Poggendorf	32 Frau J. Fabricius.

### Niederstadt u. Speicherinsel.

Gartengasse Nr. 5	bei Herrn Sink.
Grüner Weg Nr. 9	Neumann.
Langgasse	8 P. Pawłowski.

" 58 " J. Littenthal.

### Expedition des „Danziger Courier“.

Ritterhagergasse Nr. 4.

### A. Bekanntmachung.

In unserm Firmenregister ist heute die unter Nr. 295 eingetragene Zweigniederlassung der Firma „G. Reidlinger zu Hamburg“ in Danzig gelöscht.

Danzig, den 15. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht X.

### B. Bekanntmachung und Berichtigung.

Die am 8. Dezember 1896 erfolgte Löschung der Zweigniederlassung der unter Nr. 639 des Gesellschaftsregisters eingetragenen Actiengesellschaft in Firma „The Singer Manufacturing Company, Hamburg, A.-G.“ in Danzig und der unter Nr. 949 eingetragene Procura des Kaufmanns Heinrich Müller und des Kaufmanns Ludwig Carl August Held, beide in Hamburg, für die gedachte Firma sind irrtümlich erfolgt; es bleibt vielmehr die erwähnte Zweigniederlassung, sowie die Procura für dieselbe bestehen, und wird daher die in der Morgenaugabe dieser Zeitung vom 13. d. Mts. veröffentlichte Bekanntmachung des unterzeichneten Gerichts vom 8. Dezember 1896 dementsprechend berichtigst.

Danzig, den 15. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht X.

(26188)

### Bekanntmachung.

In unserm Firmenregister ist heute bei Nr. 93 eingetragen worden: Die Firma Ida Sachs, Inhaberin Frau Ida Sachs in Löbau, Weippr., den 10. Dezember 1896.

Königliches Amtsgericht.

(26169)

### Bekanntmachung.

Die Verwaltung der Staatsdomänen in der Stadt Radom macht hiermit bekannt, daß aus den Staatsforstrevieren in den Gouvernementen Radom, Rielce, Lublin und Sieben per Licitation Walb verkauft wird: 1. am 16./28. Dezember d. J. in den Landgemeindeämtern des Radomer Gouvernement. a) Bezirk von Ronsk; Skarzykow zu 324 Rub.; b) Bez. v. Opatow: Lagon zu 3702 Rub.; c) Gouv. Rielce, Bez. Andrejew zu 22187 R. — und Gouv. Siedlec im Magistrat der Stadt Biela zu 37584 Rub. — 2. am 19./31. Dezember d. J. a) Gouv. Rielce — im Magistrat der Stadt Chmielnik zu 8468 R. und b) Gouv. Lublin — im Magistrat Cholin zu 3256 R. — und 3. am 23. Dezember / 4. Januar 1896/97. im Magistrat der Stadt Lukow, Gouv. Siedlec, zu 16469 Rub. — Zum Anteil an der Licitation werden nur russische Unterthanen zugelassen. Einzelne Bekanntmachungen von dieser Versteigerung befinden sich in Bezirksämtern, Stadtmagistraten und Landgemeindeämtern, die in der Nähe der resp. Forstreviere liegen, bei den Oberförstern und in der Hauptverwaltung der Staatsdomänen in der Stadt Radom.

(26051)

### F. F. Resag's Deutscher Kern-Cichorien

aus garantirt reinen Cichorien-Wurzeln ist das beste und ausgiebigste aller bisher bekannten Coffee-Surrogates.

## Bitte!

Die Unterzeichneten wollen gerne den armen Handwerksburschen, welche zum Theil ohne Eltern oder Angehörige, ja sogar ohne Heimath sind, eine Weihnachtsfreude bereiten. Sie bitten daher ihre Mitbürger um Gaben zu diesem Zweck. Jeder von uns ist gerne bereit, Geschenke in Empfang zu nehmen.

Landeshauinspector Heise, Weidengasse 36—38.  
Rechtsanwalt Sudau, Hundegasse.  
Wessel, Polizei-Präsident, Krebsmarkt.  
Blech, Pfarrer an der Katharinenskirche.  
Stengel, Pfarrer, Bartholomäi-Kirchhof.  
Kutsch, Diakon, Gr. Mühlengasse 7.  
Herzberg, Oberlehrer, Kalkgasse.  
Marzahn, Kaufmann, Altbörsische Graben 28.  
Hoye, Pfarrer, Johannisgasse 49.  
Siemssen, Kaufmann, Soppot.

Mein seit mehr als 60 Jahren am hiesigen Platze bestehendes

### Zuck-, Manufactur-, Modewaren-

### und Confections-Geschäft

mit alter, treuer Kundshaft, sowie das dazu gehörige Grundstück, bestehend aus Geschäftshaus mit Loden und großen Vorrathsräumen, sowie Wohnhaus mit 2 schönen Wohnungen, Hintergebäuden und Garten beabsichtige ich fortzuhälften unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen.

(26033)

### J. F. Ruhm, Liegenhof Wpr.

### G. & J. Müller, Tischlermeister, Elbing, Reiserbahnstraße 22.

Bau- und Kunstschniterei mit Dampfbetrieb, größte Tischlerei Ost- und Westpreußens, empfehlen sich zur Schnellen, gediegenen und geschickten Ausführung von Arbeiten jeden Umfangs von einfachster bis reichster Durchführung in allen Stil- und Holzarten bei billigsten Preisen, und zwar:

### Bautischlerarbeiten: Thüren—Fenster—Wand-

paneele — Holzdecken — Parquet- und Stabböden — Treppen etc.

### Ladeneinrichtungen für die verschiedensten Ge-

schäftsbranchen.

### Kunstmöbel, einzelne Stücke, ganze Zimmer, complete Ausstattungen.

(19684)

### Einrichtungen für Hotels, Kirchen, Schulen,

Büros, öffentliche Gebäude etc.

Übernahme des ganzen inneren Ausbaues.

Zeichnungen und Anschläge stehen jederzeit zur Verfügung.

F. F. voll. Frankenhausen Wpr.

# Loubier & Barck,

76 Langgasse 76

empfehlen zu

## Weihnachtsgeschenken:

### Damenhemden mit Litze per Stück von 1.— M. an.

### Damenhemden, Facon Achselfchluss,

per Stück von 1.50 M. an.

### Damenhemden, herzförmige Facon,

per Stück von 1.50 M. an.

### Negligéesäcken

von Damast per Stück von 1.50 M. an.

### Frisirjacket und Capes

per Stück von 3.75 M. an.

### Damenpantalons aus Frisseide per Stück 2.75 M.

### Damenpantalons aus gefreitem Stoff

per Stück von 1.75 M. an.

### Damenpantalons aus gerautem Stoff

per Stück von 2.— M. an.

### Negligéesäcken

von gerautem Stoff p. St. v. 1.65 M. an.

### Damen-Nachthemden

per Stück von 2.75 M. an.

## Große Wirthschaftsschürzen

per Stück von 85 S. an.

## Theeschürzen und seidene Schürzen

in großer Auswahl

zu außergewöhnlich billigen Preisen.

## Stadt- Theater.

Direction: Heinrich Rosé.

Donnerstag, den 17. Dezember 1896.

D. D. B.

### 4. Ensemble-Gastspiel des Schliersee'r Bauerntheaters.

### s' Haberfeldtreiben.

Volkstheater mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von

Carl Lichtenfeld.

Einstudirt und in Scene gesetzt vom Königl. bayer. Volksschauspieler Konrad Dreher.

Personen:

Joseph Grünmoser, Bauer in der Au

Michael Dengg von Egern.

Eina Gaigl von Iden.

Beri Niedermeier von Schliersee.

Mathias Galling von Schliersee.

Hans Maier von Schliersee.

Kasper Volkomm von Rotbach.

Anna Neil von Schliersee.

Joseph Melb von Schliersee.

Niki App von Schliersee.

Georg Waldmüller von Schliersee.

Xaver Terofal von Schliersee.

Theresia Dürnberger von Miesbach.

Sigmund Wagner von Schliersee.

Anna Dengg von Egern.

Willi Dürnberger von